

**June 2, 1992**

**Meeting between ChefBK Bohl and U.S. Deputy  
Secretary of State Lawrence Eagleburger on 2 June  
1992, 11:00 Hours**

**Citation:**

"Meeting between ChefBK Bohl and U.S. Deputy Secretary of State Lawrence Eagleburger on 2 June 1992, 11:00 Hours", June 2, 1992, Wilson Center Digital Archive, BArch, B 136/59730, 231-236. Contributed, transcribed, and translated by Stephan Kieninger. <https://digitalarchive.umd.edu/document/300174>

**Summary:**

Eagleburger reviews his most recent visits in Russia, Bulgaria, Albania, the CSFR and Romania. Bohl and Eagleburger discuss the security of nuclear power plants in Russia, the CIS and Eastern Europe as a pivotal theme for the agenda of the 1992 Munich World Economic Summit. Eagleburger sees no chance for U.S. financial support for Russia prior to the 1992 Presidential elections.

**Original Language:**

German

**Contents:**

Original Scan  
Transcript - German  
Translation - English

φ RL 213

RL 212

Bonn, 02.06.1992

VLR I Dr. Kischlat (2214)

219  
— 230

Über

Herrn Gruppenleiter 21

Herrn Abteilungsleiter 2

Herrn Chef des Bundeskanzleramtes2 dvt /  
M 9 /  
16

Betr.: Ihr Gespräch mit dem stellvertretenden amerikanischen  
Außenminister Lawrence Eagleburger am 2. Juni 1992

Hiermit lege ich, mit der Bitte um Billigung, einen Vermerk über o. a.  
Gespräch vor.

Ich rege an, den Vermerk auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis zu  
geben.

(Dr. Kischlat)

W

V E R M E R K

231

Betr.: Gespräch ChefBK mit dem stv. amerikanischen Außenminister  
Lawrence Eagleburger am 2. Juni 1992, 11.00 Uhr

Nach herzlicher Begrüßung durch ChefBK gibt Eagleburger die Eindrücke seiner 8tägigen Reise, die ihn durch Rußland, Bulgarien, die CSFR, Rumänien und Albanien geführt hat, wieder. Zweck der Reise sei es gewesen, festzustellen, wie die amerikanische Hilfe in dieser Region wirkt. Insgesamt sei er hoffnungsvoll gestimmt zurückgekommen; in den Reformländern müßten aber noch erhebliche Anstrengungen vor allem bei der Wirtschaftsgesetzgebung unternommen werden.

Aus **Prag** bringe er die besten Eindrücke mit. Dort sei die Privatisierungspolitik erfolgversprechend. Allerdings sei die zentrale Frage, ob die CSFR zusammen bleibe. Hier habe er von hohen Offiziellen eher pessimistische Einschätzungen erhalten. Havel dagegen sei optimistisch. Die US-Beratung bei Privatisierung in der CSFR greife, und die amerikanischen Experten würden daher noch für ein weiteres Jahr im Lande bleiben.

Auf Frage von ChefBK sagt Eagleburger, daß der deutsch-tschechoslowakische Vertrag nicht Gegenstand der Gespräche gewesen sei.

**Rumäniens** Reformprogramm entwickle sich äußerst langsam. Die USA hätten deutlich gemacht, daß Wahlen stattfinden müßten. Nach solchen Wahlen seien aus Sicht der amerikanischen Geschäftsleute Investitionen in Rumänien sinnvoll. Allerdings habe er, Eagleburger, den Eindruck, daß die Reform in Rumänien noch immer nicht wirklich unumkehrbar sei.

**Bulgarien** sei eine angenehme Überraschung. Der Reformprozeß würde mit großem Elan verfolgt.

**Albanien** befände sich in der schlimmsten Wirtschaftslage. Da es keine Rohstoffe gebe, stehe die Industrie still. Die politische Führung sei zwar sehr populär und zu Reformen entschlossen, stehe aber vor großen Problemen. Ganz sicher müsse man in naher Zukunft wieder mit Nahrungsmittelenpässen rechnen.

...

- 2 -

24  
232

Insgesamt gesehen seien in all diesen Ländern die Absichten zu demokratischen Reformen zu kommen, glaubhaft. Wichtig sei jetzt technische Hilfe des Westens bei der Privatisierung, beim Aufbau eines funktionierenden Bankensystems und bei der Entwicklung von Rahmengesetzen, die Investitionen erleichtern.

Am Rande bemerkte Eagleburger, daß er selber **Ungarn** zwar nicht bereist habe, daß Teilnehmer seiner Delegation von der Entwicklung in Ungarn aber einen guten Eindruck mitgenommen hätten; auch **Polen**, das enorme Probleme habe, werde es wohl schaffen.

In **Moskau** habe er mit Vizepremier Gaidar gesprochen, der auf ihn einen ausgezeichneten Eindruck gemacht habe. Allerdings müsse man feststellen, daß die Gruppe in Moskau, die wirtschaftspolitische Erfahrung habe, äußerst klein sei. Unterhalb der Ebene Gaidar seien Sachverstand und Reformbewußtsein nur spärlich vorhanden. Rußland rechne offensichtlich früher als ursprünglich erwartet mit erneuter Nahrungsmittelknappheit. Er habe ein großes Interesse der amerikanischen Firmen an Investitionen in Rußland bemerkt.

Bei seinem Besuch in **Bulgarien** habe er versprochen, der deutschen Seite gegenüber die Bitte nach Erstreckung von EG-Krediten für Dreiecks-Geschäfte auf Bulgarien vorzutragen, was er hiermit tue. Noch einmal auf **Albanien** zurückkommend erklärt Eagleburger, daß im Falle eines Übergreifens der Jugoslawien-Krise auf den Kosovo ein großes Problem entstehen könne, weil sich Albanien dann möglicherweise nicht zurückhalten werde.

ChefBK erklärt, daß er mit der generellen Einschätzung übereinstimmen könne. Aus unserer Erfahrung wolle er aber noch hinzufügen, daß es nicht nur um wirtschaftliche Hilfe gehe, sondern auch darum, daß man aktive personelle Hilfe leiste. Viele der alten Kader seien noch in ihren Funktionen; darüber hinaus sei es schwierig, die Mentalität der Menschen nach 40 Jahren Kommunismus schnell zu ändern.

Deutschland sei bei der Hilfe inzwischen bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gegangen. Deswegen möchte er noch einmal bitten, daß die westlichen Industrieländer zu einem fairen burden-sharing kämen.

...

- 3 -

222

233

Die Ergebnisse der Hilfs-Konferenzen von Washington und Lissabon müßten nun weiterentwickelt und die Reformpolitik aktiv unterstützt werden.

Aus deutscher Sicht sei die Frage der **Kernkraftwerksicherheit** von außerordentlicher Bedeutung (dieses solle auch ein Thema für den Wirtschaftsgipfel in München sein). Wir bäten die amerikanische Seite hier um Unterstützung. Man müsse ganz klar sagen, daß die Überwindung der Schäden des kommunistischen Regimes wesentlich längere Zeit in Anspruch nehmen werde, als von uns allen vorher angenommen. Dieses sei eine gemeinsame Herausforderung.

Anschließend fragt ChefBK, welche Erwartungen die Gesprächspartner in Moskau im Hinblick auf den Münchner Wirtschaftsgipfel geäußert hätten.

Eagleburger antwortet: "Geld"! Man habe das Thema Münchner Gipfel zwar nicht vertieft; er könne sich aber vorstellen, daß Rußland erhebliche weitere Unterstützung durch die G7 erwarte. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, daß man deutlich sagen müsse, daß es auch Grenzen für unsere Unterstützung gebe. Bei der Hilfe für die GUS dürfe man nicht die MOE-Staaten vergessen. Letztlich habe die Hilfe an die MOE-Länder mehr Aussicht auf Erfolg.

Eagleburger weist darauf hin, daß die amerikanische Regierung bis zur Wahl außerordentliche Schwierigkeiten haben werde, neues Geld für Unterstützungsprogramme im Ausland vom Kongreß bewilligt zu bekommen. Dieses werde die US-Regierung öffentlich nicht so deutlich sagen, er, Eagleburger, wolle dies aber in diesem Kreise mit aller Offenheit festhalten. Diese Situation werde in jedem Fall Auswirkungen sowohl auf den Besuch Präsident Jelzins in Washington als auch auf die G7 haben.

Gompert (Nationaler Sicherheitsrat) ergänzt, daß es derzeit schlechte Nachricht vom IWF gebe, wonach Rußland möglicherweise in seinem Reform-eifer nachlassen und Unterstützung hierfür bei der G7 suchen werde.

Auf die Frage von AL 2, ob die Russen mehr als die bislang angekündigten 24 Mrd. \$ erwarteten, antwortet Eagleburger, daß diese Frage so nicht diskutiert worden sei. Er gehe aber davon aus, daß sicherlich mehr verlangt werden würde.

...

- 4 -

223  
234

Eagleburger kommt auf die Rolle **Japans** zu sprechen. Er habe Hoffnung, daß die Tatsache, daß die Japaner die dritte Folgekonferenz in Tokyo ausrichten, guten Einfluß auf ihr Verhalten in dem ganzen Prozeß der Hilfe für GUS und MOE haben werde. Als Gastgeber der Konferenz könnten sie sich nicht verweigern, Geld beizusteuern. Vizepräsident Quayle habe bei einem kürzlichen Besuch in Japan gehört, daß man bereit sei, 400 Mio.\$ zur Verfügung zu stellen.

Zur Frage der Sicherheit der Kernkraftwerke erwähnt Eagleburger, daß die USA uns in dieser Frage vollständig unterstützen. Die Kosten würden allerdings enorm sein.

ChefBK kommt auf **Japan** zurück und unterstreicht, daß Japan derzeit nicht genug leiste. Man müsse die Japaner in die Pflicht nehmen. Der Bundeskanzler habe bereits mehrfach entsprechende Botschaften an Japan gesandt.

Eagleburger entgegnet kritisch in die Richtung EG - nicht der Bundesrepublik Deutschland -, daß er dort eine gewisse Tendenz sehe, Japan in die Ecke zu stellen. Das sei ein Fehler. Die Tatsache, daß Japan die Gastgeberrolle für die dritte Folgekonferenz in Tokyo übernehme (dies sei eine US-Idee gewesen, die erst gegen EG-Widerstände durchgesetzt worden sei), müsse ausgenutzt werden, um Japan in den Prozeß der westlichen Institutionen fest einzubauen. Angesichts der Haushaltslage in den USA und - so vermute er - auch in Deutschland sei Japan der einzige wirkliche potentielle Geldgeber.

Eagleburger erwähnt anschließend ein Handelsproblem, das ihm auf seiner Reise durch Osteuropa mehrfach begegnet sei. Es gebe offenbar eine Haltung der EG oder einzelner EG-Mitgliedsländer, bei Geschäftsverhandlungen die Assoziation zur EG mit der Vergabe von Aufträgen an Europäer zu verknüpfen.

Ganz konkret sei ihm in Bulgarien bekannt geworden, daß die Bulgaren einen schon mit den Amerikanern ausgehandelten Vertrag über Schutz und Förderung von Subventionen auf deutschen Druck nicht akzeptieren konnten, weil die Bedingungen, die den USA gewährt würden, wesentlich günstiger seien. In einem zweiten, auch in Bulgarien vorgefundenen Fall, habe bei einer Kernkraftwerksanierung das deutsche Bundesumweltministerium darauf

...

- 5 -

eingewirkt, daß ein bereits unterschriebener amerikanisch-bulgarischer Vertrag nicht umgesetzt wurde. Er, Eagleburger, wolle hier unter Freunden ein deutliches Wort sprechen. Man dürfe keine falsche Konkurrenz in dieser Gegend Europas entstehen lassen. Man müsse miteinander reden!

ChefBK entgegnet, daß er von diesen Dingen zum ersten Mal höre und bittet Botschafter Kimmitt um weitere Einzelheiten, damit der Angelegenheit nachgegangen werden könne. Generell wolle er aber jetzt schon sagen, daß wir natürlich ein Interesse an umfangreichen US-Investitionen in den MOE-Staaten hätten.

ChefBK spricht dann **GATT** an. Die Bundesregierung wolle GATT nicht zu einer Belastung für den Wirtschaftsgipfel in München werde lassen. Die kürzlich gefaßten Beschlüsse der EG zur Agrarreform seien ein weiterer Schritt in Richtung auf eine Lösung. Nun glaubten wir, daß auch die USA ihrerseits Schritte unternehmen müßten.

Eagleburger entgegnet, daß er kein GATT-Experte sei. Er wolle aber darauf hinweisen, daß der amerikanische Präsident im Agrarbereich äußerst wenig Flexibilität habe.

ChefBK unterstreicht erneut, daß wir der Auffassung seien, daß die EG mit der Agrarreform einen beachtlichen Schritt gemacht habe. Wenn wir ein Ergebnis bei GATT anstrebten - und die Weltwirtschaft brauche unbedingt den Erfolg von GATT -, dann müsse man jetzt alles tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Eagleburger bekräftigt, daß das Scheitern von GATT eine Katastrophe wäre. Man müsse unbedingt zu einer Einigung kommen. Er, Eagleburger, werde - parallel zu einem Bericht Botschafter Kimmitts - die Ausführungen von ChefBK zu GATT sofort telefonisch an Außenminister Baker weitergeben.

Gompert (Nationaler Sicherheitsrat) ergänzt, daß nach dem Gespräch von Kommissar Andriessen in Washington die Frage der "CAP-Reform" gelöst sei. Allerdings habe die EG keinen Vorschlag zu Exportsubventionen gemacht. In dieser Frage hätten die USA sehr wenig Flexibilität.

...

- 6 -

228  
236

ChefBK erklärt, daß diese Fragen aber zusammenhängen. Mit der Reduzierung der Agrarpreise um 27 % stünde man nun - wie man es unter Freunden offen sagen könne - mit dem Rücken an der Wand.

Eagleburger dankt abschließend dafür, daß die Frage der Entschädigungsansprüche amerikanischer Staatsbürger wegen Enteignungen und anderen Vermögensverlusten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kürzlich durch das Regierungsabkommen geregelt worden seien.

In die weiterhin offene Frage der "Jewish Claims" wolle sich die US-Regierung nicht einschalten, es handele sich hier um eine private Angelegenheit zwischen den Betroffenen und der Bundesregierung. Jedoch werde die Administration in Washington von jüdischer Seite fast täglich auf diese Sache angesprochen.

ChefBK verabschiedet Eagleburger.

(Dr. Kischlat)

RL 212

Bonn, den 2. Juni 1992

VLR I. Dr. Kischlat

**V e r m e r k**

**Betr.: Gespräch ChefBK mit dem stv. amerikanischen Außenminister Lawrence Eagleburger am 2. Juni 1992, 11.00 Uhr<sup>[1]</sup>**

Nach herzlicher Begrüßung durch ChefBK gibt Eagleburger die Eindrücke seiner 8tägigen Reise, die ihn durch Rußland, Bulgarien, die CSFR, Rumänien und Albanien geführt hat, wieder. Zweck der Reise sei es gewesen, festzustellen, wie die amerikanische Hilfe in dieser Region wirkt. Insgesamt sei er hoffnungsvoll gestimmt zurückgekommen; in den Reformländern müßten aber noch erhebliche Anstrengungen vor allem bei der Wirtschaftsgesetzgebung unternommen werden.

Aus Prag bringe er die besten Eindrücke mit. Dort sei die Privatisierungspolitik erfolgversprechend. Allerdings sei die zentrale Frage, ob die CSFR zusammen bleibe. Hier habe er von hohen Offiziellen eher pessimistische Einschätzungen erhalten. Havel dagegen sei optimistisch. Die US-Beratung bei Privatisierung in der CSFR greife, und die amerikanischen Experten würden daher noch für ein weiteres Jahr im Lande bleiben.

Auf Frage von ChefBK sagt Eagleburger, daß der deutsch-tschechoslowakische Vertrag nicht Gegenstand der Gespräche gewesen sei.

Rumäniens Reformprogramm entwickle sich äußerst langsam. Die USA hätten deutlich gemacht, daß Wahlen stattfinden müßten. Nach solchen Wahlen seien aus Sicht der amerikanischen Geschäftsleute Investitionen in Rumänien sinnvoll. Allerdings habe er, Eagleburger, den Eindruck, daß die Reform in Rumänien noch immer nicht wirklich unumkehrbar sei.

Bulgarien sei eine angenehme Überraschung. Der Reformprozeß würde mit großem Elan verfolgt.

Albanien befände sich in der schlimmsten Wirtschaftslage. Da es keine Rohstoffe gebe, stehe die Industrie still. Die politische Führung sei zwar sehr populär und zu Reformen entschlossen stehe aber vor großen Problemen. Ganz sicher müsse man in naher Zukunft wieder mit Nahrungsmittelengpässen rechnen.

Insgesamt gesehen seien in all diesen Ländern die Absichten zu demokratischen Reformen zu kommen, glaubhaft. Wichtig sei jetzt technische Hilfe des Westens bei der Privatisierung, beim Aufbau eines funktionierenden Bankensystems und bei der Entwicklung von Rahmengesetzen, die Investitionen erleichtern.

Am Rande bemerkte Eagleburger, daß er selber Ungarn zwar nicht bereist habe, daß Teilnehmer seiner Delegation von der Entwicklung in Ungarn aber einen guten Eindruck mitgenommen hätten; auch Polen, das enorme Probleme habe, werde es wohl schaffen.

In Moskau habe er mit Vizepremier Gaidar gesprochen, der auf ihn einen ausgezeichneten Eindruck gemacht habe. Allerdings müsse man feststellen, daß die Gruppe in Moskau, die wirtschaftspolitische Erfahrung habe, äußerst klein sei. Unterhalb der Ebene Gaidar seien Sachverstand und Reformbewußtsein nur spärlich vorhanden. Rußland rechne offensichtlich früher als ursprünglich erwartet mit erneuter Nahrungsmittelknappheit. Er habe ein großes Interesse der amerikanischen Firmen an Investitionen in Rußland bemerkt.

Bei seinem Besuch in Bulgarien habe er versprochen, der deutschen Seite gegenüber die Bitte nach Erstreckung von EG-Krediten für Dreiecks-Geschäfte auf Bulgarien vorzutragen, was er hiermit tue. Noch einmal auf Albanien zurückkommend erklärt Eagleburger, daß im Falle eines Übergreifens der Jugoslawien-Krise auf den Kosovo ein großes Problem entstehen könne, weil sich Albanien dann möglicherweise nicht zurückhalten werde.

ChefBK erklärt, daß er mit der generellen Einschätzung übereinstimmen könne. Aus unserer Erfahrung wolle er aber noch hinzufügen, daß es nicht nur um wirtschaftliche Hilfe gehe, sondern auch darum, daß man aktive personelle Hilfe leiste. Viele der alten Kader seien noch in ihren Funktionen; darüber hinaus sei es schwierig, die Mentalität der Menschen nach 40 Jahren Kommunismus schnell zu ändern.

Deutschland sei bei der Hilfe inzwischen bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gegangen. Deswegen möchte er noch einmal bitten, daß die westlichen Industrieländer zu einem fairen burden-sharing kämen.

Die Ergebnisse der Hilfs-Konferenzen von Washington und Lissabon müßten nun weiterentwickelt und die Reformpolitik aktiv unterstützt werden.

Aus deutscher Sicht sei die Frage der Kernkraftwerksicherheit von außerordentlicher Bedeutung (dieses solle auch ein Thema für den Wirtschaftsgipfel in München sein). Wir bäten die amerikanische Seite hier um Unterstützung. Man müsse ganz klar sagen, daß die Überwindung der Schäden des kommunistischen Regimes wesentlich längere Zeit in Anspruch nehmen werde, als von uns allen vorher angenommen. Dieses sei eine gemeinsame Herausforderung.

Anschließend fragt ChefBK, welche Erwartungen die Gesprächspartner in Moskau im Hinblick auf den Münchner Wirtschaftsgipfel geäußert hätten.

Eagleburger antwortet: "Geld"! Man habe das Thema Münchner Gipfel zwar nicht vertieft; er könne sich aber vorstellen, daß Rußland erhebliche weitere Unterstützung durch die G7 erwarte. Jetzt sei der Zeitpunkt gekommen, daß man deutlich sagen müsse, daß es auch Grenzen für unsere Unterstützung gebe. Bei der Hilfe für die GUS dürfe man nicht die MOE-Staaten vergessen. Letztlich habe die Hilfe an die MOE-Länder mehr Aussicht auf Erfolg.

Eagleburger weist darauf hin, daß die amerikanische Regierung bis zur Wahl außerordentliche Schwierigkeiten haben werde, neues Geld für Unterstützungsprogramme im Ausland vom Kongreß bewilligt zu bekommen. Dieses werde die US-Regierung öffentlich nicht so deutlich sagen, er, Eagleburger, wolle dies aber in diesem Kreise mit aller Offenheit festhalten. Diese Situation werde in jedem Fall Auswirkungen sowohl auf den Besuch Präsident Jelzins in Washington als auch auf die G7 haben.

Gompert (Nationaler Sicherheitsrat) ergänzt, daß es derzeit schlechte Nachricht vom IWF gebe, wonach Rußland möglicherweise in seinem Reformeifer nachlassen und Unterstützung hierfür bei der G7 suchen werde.

Auf die Frage von AL 2, ob die Russen mehr als die bislang angekündigten 24 Mrd. \$ erwarteten, antwortet Eagleburger, daß diese Frage so nicht diskutiert worden sei. Er gehe aber davon aus, daß sicherlich mehr verlangt werden würde.

Eagleburger kommt auf die Rolle Japans zu sprechen. Er habe Hoffnung, daß die Tatsache, daß die Japaner die dritte Folgekonferenz in Tokyo ausrichten, guten Einfluß auf ihr Verhalten in dem ganzen Prozeß der Hilfe für GUS und MOE haben werde. Als Gastgeber der Konferenz könnten sie sich nicht verweigern, Geld beizusteuern. Vizepräsident Quayle habe bei einem kürzlichen Besuch in Japan gehört, daß man bereit sei, 400 Mio.\$ zur Verfügung zu stellen.

Zur Frage der Sicherheit der Kernkraftwerke erwähnt Eagleburger, daß die USA uns in dieser Frage vollständig unterstützen. Die Kosten würden allerdings enorm sein.

ChefBK kommt auf Japan zurück und unterstreicht, daß Japan derzeit nicht genug leiste. Man müsse die Japaner in die Pflicht nehmen. Der Bundeskanzler habe bereits mehrfach entsprechende Botschaften an Japan gesandt.

Eagleburger entgegnet kritisch in die Richtung EG - nicht der Bundesrepublik Deutschland -, daß er dort eine gewisse Tendenz sehe, Japan in die Ecke zu stellen. Das sei ein Fehler. Die Tatsache, daß Japan die Gastgeberrolle für die dritte Folgekonferenz in Tokyo übernehme (dies sei eine US-Idee gewesen, die erst gegen EG-Widerstände durchgesetzt worden sei), müsse ausgenutzt werden, um Japan in den Prozeß der westlichen Institutionen fest einzubauen. Angesichts der Haushaltslage in den USA und - so vermute er - auch in Deutschland sei Japan der einzige wirkliche potentielle Geldgeber.

Eagleburger erwähnt anschließend ein Handelsproblem, das ihm auf seiner Reise durch Osteuropa mehrfach begegnet sei. Es gebe offenbar eine Haltung der EG oder einzelner EG-Mitgliedsländer, bei Geschäftsverhandlungen die Assoziierung zur EG mit der Vergabe von Aufträgen an Europäer zu verknüpfen. Ganz konkret sei ihm in Bulgarien bekannt geworden, daß die Bulgaren einen schon mit den Amerikanern ausgehandelten Vertrag über Schutz und Förderung von Subventionen auf deutschen

Druck nicht akzeptieren konnten, weil die Bedingungen, die den USA gewährt würden, wesentlich günstiger seien. In einem zweiten, auch in Bulgarien vorgefundenen Fall, habe bei einer Kernkraftwerksanierung das deutsche Bundesumweltministerium darauf

eingewirkt, daß ein bereits unterschriebener amerikanisch-bulgarischer Vertrag nicht umgesetzt wurde. Er, Eagleburger, wolle hier unter Freunden ein deutliches Wort sprechen. Man dürfe keine falsche Konkurrenz in dieser Gegend Europas entstehen lassen. Man müsse miteinander reden!

ChefBK entgegnet, daß er von diesen Dingen zum ersten Mal höre und bittet Botschafter Kimmitt um weitere Einzelheiten, damit der Angelegenheit nachgegangen werden könne. Generell wolle er aber jetzt schon sagen, daß wir natürlich ein Interesse an umfangreichen US-Investitionen in den MOE-Staaten hätten.

ChefBK spricht dann GATT an. Die Bundesregierung wolle GATT nicht zu einer Belastung für den Wirtschaftsgipfel in München werde lassen. Die kürzlich gefaßten Beschlüsse der EG zur Agrarreform seien ein weiterer Schritt in Richtung auf eine Lösung. Nun glaubten wir, daß auch die USA ihrerseits Schritte unternehmen müßten.

Eagleburger entgegnet, daß er kein GATT-Experte sei. Er wolle aber darauf hinweisen, daß der amerikanische Präsident im Agrarbereich äußerst wenig Flexibilität habe.

ChefBK unterstreicht erneut, daß wir der Auffassung seien, daß die EG mit der Agrarreform einen beachtlichen Schritt gemacht habe. Wenn wir ein Ergebnis bei GATT anstrebten - und die Weltwirtschaft brauche unbedingt den Erfolg von GATT -, dann müsse man jetzt alles tun, um dieses Ziel zu erreichen.

Eagleburger bekräftigt, daß das Scheitern von GATT eine Katastrophe wäre. Man müsse unbedingt zu einer Einigung kommen. Er, Eagleburger, werde - parallel zu einem Bericht Botschafter Kimmitts - die Ausführungen von ChefBK zu GATT sofort telefonisch an Außenminister Baker weitergeben.

Gompert (Nationaler Sicherheitsrat) ergänzt, daß nach dem Gespräch von Kommissar Andriessen in Washington die Frage der "CAP-Reform" gelöst sei. Allerdings habe die EG keinen Vorschlag zu Exportsubventionen gemacht. In dieser Frage hätten die USA sehr wenig Flexibilität.

ChefBK erklärt, daß diese Fragen aber zusammenhängen. Mit der Reduzierung der Agrarpreise um 27 % stünde man nun - wie man es unter Freunden offen sagen könne - mit dem Rücken an der Wand.

Eagleburger dankt abschließend dafür, daß die Frage der Entschädigungsansprüche amerikanischer Staatsbürger wegen Enteignungen und anderen Vermögensverlusten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kürzlich durch das Regierungsabkommen geregelt worden seien. In die weiterhin offene Frage der "Jewish Claims" wolle sich die US-Regierung nicht einschalten, es handele sich hier um eine private Angelegenheit zwischen den Betroffenen und der Bundesregierung. Jedoch werde die Administration in Washington von Jüdischer Seite fast täglich auf diese Sache angesprochen.

ChefBK verabschiedet Eagleburger.

(Dr. Kischlat)

[1] BArch, B 136/59730, 231-236.

Head of Division 212  
Bonn, 2 June 1992  
VLR I. Dr. Kischlat

### **M e m o r a n d u m**

**Subject: Meeting between ChefBK Bohl and U.S. Deputy Secretary of State Lawrence Eagleburger on 2 June 1992, 11:00 Hours**[\[1\]](#)

After cordial greetings by ChefBK Bohl, Eagleburger sums up his impressions of his 8-day tour through Russia, Bulgaria, the CSFR, Romania, and Albania. The purpose of his journey was to determine the effects of America's assistance in this region. All in all, he had returned with a lot of hope; at the same time, considerable effort still had to be pursued in the reform countries, above all regarding economic law.

His best impressions were from Prague, where privatization policy was most promising. However, the pivotal question was whether the CSFR would stay together. High-level officials had given him a rather pessimistic estimate. In contrast, President Havel was optimistic. U.S. consultancy in privatization produced effects and American experts would stay in the country for another year.

Upon a question from ChefBK Bohl, Eagleburger says that the German-Czechoslovakian treaty had not been discussed in his meetings.

Romania's economic reform developed very slowly. The USA had made it clear that elections had to take place. After those elections, American businesspeople would view that investments in Romania would make sense. At the same time, he, Eagleburger, had the impression that the reforms in Romania were still not irreversible.

Bulgaria had been a pleasant surprise. The reform process was pursued with vigor.

Albania was in the worst economic situation. Industry was standing still due to the lack of raw materials. Although the political leadership was very popular and determined for reforms, it was confronted with significant problems. To be safe, food shortage again had to be anticipated in the near future.

Overall, all these countries had credible intentions for the implementation of democratic reforms. At this point in time, Western technical assistance toward privatization, the establishment of a functioning banking system, and the development of legal frameworks were important to foster investment.

As an aside, Eagleburger says that he did not go to Hungary himself, but members of his delegation had had good impression from their own travels to the country. Poland, which faced enormous problems, would also likely make it.

In Moscow, he had met Vice Prime Minister Gaidar, who had left an excellent impression. At the same time, it must be noted that the group of economically experienced people in Moscow was extremely small. Below Gaidar's level, expertise and awareness for reform was scarce. It was apparent that Russia expected another food shortage earlier than it had initially anticipated. Among American enterprises, he had noticed great interest in investments in Russia.

During his visit in Bulgaria, he had promised to raise the country's request for an extension of EC credits for tripartite businesses in Bulgaria with the German side. He did so now. Returning to Albania, Eagleburger says that a spill-over of the Yugoslavian crisis into Kosovo would create a massive problem, as there was potential for Albania to end its restraint.

ChefBK Bohl says that he could agree with this general assessment. He just wanted to add that, from our experience, this was not only about economic assistance, but also about active personal assistance. Many of the old cadres were still in their positions. Moreover, it was difficult to rapidly change people's mentality after 40 years of Communism.

Meanwhile, Germany had reached the limits of its ability for assistance. Thus, he wanted to again raise the request that all Western industrialized countries contribute to sharing this burden fairly.

The results of the aid conferences in Washington and Lisbon had to be pushed further and be combined with active support for reform policies.

From Germany's vantage point, the issue of nuclear power plant safety had extraordinary relevance (this should be an issue for the World Economic Summit in Munich as well). We asked the American side for their support in this respect. We had to clearly acknowledge that it would take much more time to overcome the damages of the communist regimes than any of us had initially anticipated. This was a common challenge.

Subsequently, ChefBK Bohl inquires about the expectations of the Russian interlocutors for the Munich Economic Summit.

Eagleburger replies: "Money"! Although the Munich Economic Summit had not been discussed in detail, he could well imagine that Russia would expect further considerable economic assistance from the G-7. Now was the time to clearly declare that there were limits to our support. The CEE states must not be forgotten against the backdrop of assistance for the CIS. After all, support for the CEE countries had better prospects for success.

Eagleburger points out that the American government would have extraordinary difficulties trying to ask Congress for further funds toward foreign assistance before the Presidential elections. The administration would not say this candidly in public, but he, Eagleburger, wanted to note this very clearly in private. In any case, this situation would have an impact on President Yeltsin's visit in Washington and on the G-7 as well.

Gompert (National Security Council) adds that there was bad news from the IMF, according to which Russia's enthusiasm for reform possibly waned and it would attempt to obtain assistance from the G-7.

Upon the question from AL 2 as to whether the Russians were expecting more than the \$24 billion that had been announced so far, Eagleburger answers that this question had not been discussed. His assumption was that they would certainly demand more.

Eagleburger then turns to the role of Japan. His hope was that the Japanese would convene the third follow-up conference in Tokyo. This would have a good influence on their behavior for the entire assistance process for CEE and the CIS. As the host of the conference, they could not refuse to contribute funds. During a recent visit in Japan, Vice President Quayle had heard that they were ready to provide \$400 million.

Regarding nuclear power plant safety, Eagleburger, mentions that the USA would fully support us on question, but the costs were enormous.

ChefBK Bohl returns to Japan and emphasizes that Japan simply did not accomplish enough. One had to remind them of their responsibilities. The Chancellor had already sent several relevant messages to the Japanese.

Eagleburger responded with criticism toward the EC - not toward Germany -, stating that he had identified a certain tendency to corner Japan. This was a mistake. The fact that Japan assumed the role as the host of the third aid conference in Tokyo had to be exploited to firmly integrate Japan into Western institutions (this had been a U.S. idea which had been pushed through against resistance from the EC). Seen against the backdrop of the budgetary situations in the USA and in Germany, Japan could be the only potential funder.

Eagleburger subsequently mentions a trade issue which he had encountered several times during his travels in Eastern Europe. There was a tendency in the EC or among individual EC member states to link EC association with the award of contracts for EC countries in business negotiations.

More specifically, he had learned this in Bulgaria. The Bulgarians had cancelled a contract that had already been negotiation with the Americans on the protection and promotion of subsidies due to German pressure. In a second case, also in Bulgaria, the German Environmental Ministry

had exercised pressure on the renovation of a nuclear power plant, resulting in the cancellation of an American-Bulgarian contract that had already been signed. He, Eagleburger, wanted to speak bluntly about this here among friends. They had to prevent the emergence of false competition in this part of Europe. They had to talk to

each other!

ChefBK Bohl replies that this was the first time that he heard about these issues and he would ask Ambassador Kimmitt for further details so that he could look into these matters. In general, he says that we were naturally interested in considerable U.S. investments in the CEE countries.

ChefBK Bohl then refers to GATT. The federal government did not want to let GATT develop into a burden at the World Economic Summit in Munich. The recently prepared EC decisions on agricultural reform were another important step on the way toward a solution. Now, we thought that the USA also had to take some steps.

Eagleburger says that he was not an expert on GATT. He did, however, want to point out that the American President had little flexibility in the field of agriculture.

ChefBK Bohl again emphasizes that he thought the EC had taken a considerable step in reforming its agricultural policy. If we wanted to have results in GATT – and the world economy needed the success of GATT either way -- we had to do everything to accomplish this objective.

Eagleburger affirms that the failure of GATT would be a catastrophe. It was crucial to reach agreement. He, Eagleburger, would instantly pass on the ChefBK Bohl's remarks to Secretary of State Baker – in addition to Ambassador Kimmitt's report.

Gompert (National Security Council) adds that they had resolved the question of "CAP-reform" following the meeting between the President and Commissioner Andriessen in Washington. However, the EC had not yet made proposals on export subsidies. On this question, the USA had very little flexibility.

ChefBK Bohl explains that both questions were interrelated. Due to the reduction of agricultural prices by 27%, they stood – as one can openly say among friends – with their back to the wall.

Eagleburger expresses his thanks for the resolution of the compensation claims issue for American citizens due to expropriation and other losses of wealth in the former GDR through the recent inter-governmental agreement. The U.S. government did not want to get involved in the unresolved question of "Jewish claims." This was a private affair between the people who were affected and the federal government. However, the administration in Washington was almost daily addressed by the Jewish side about the topic.

ChefBK Bohl dismisses Eagleburger.

(Dr. Kischlat)

[\[1\]](#) BArch, B 136/59730, 231-236.